



# Nein

# zum

# Kürzungs-

# Budget

# Geld für Bildung, Soziales und Gesundheit statt Aufrüstung und Militarisierung

SOLIDARISCHER WIDERSTAND  
**[SoWi\_So]**  
GEGEN SOZIALABBAU

**Gewerkschaft geht anders**  
Am 26.6. diskutiert das Bündnis  
SoWi-So, wie kämpferische  
Gewerkschaftspolitik geht.  
Komm hin! **Seite 4**



**Jugend**  
Warum ein Verbot von Sozialen  
Medien für Jugendliche nichts  
löst aber vieles Schlimmer  
macht. **Seite 5**

# Kürzungspaket folgt auf Kürzungspaket

## Die Regierung plant schon die nächsten Einschnitte

Am 10. Juni wird Finanzminister Martnerbauer seine Pläne für das kommende Doppel-Budget verkünden. Schon das erste war - entgegen aller beschönigenden Behauptungen - voller Verschlechterungen für Beschäftigte und alle ohne viel Geld. Dann wird diskutiert und das ganze Anfang Juli beschlossen. Soweit der Plan. Der Teufel wird in den Details des Budgets liegen - und in dem Unmut, den diese Details erzeugen werden.

Von Sonja Grusch, SO Wien

Das erste Kürzungspaket der Dreier-Koalition ist noch nicht verdaut, die Maßnahmen werden in ihrer ganzen Tragweite erst sichtbar...und schon werden die nächsten Grauslichkeiten geschnürt. In ihrem Plan, die österreichische Wirtschaft aufzupäppeln, um sie international besser zu positionieren, geht die Regierung über Leichen. SPÖ-Finanzsprecher Krainer erklärt stolz, "dass breite Schultern mehr tragen". Stimmt: die breite Masse der Bevölkerung trägt die Last der Sanierung der Staatsfinanzen. Die Reichen und Konzerne bleiben verschont. Und so soll es wohl auch weitergehen.

### Kürzungspakete hören nicht auf

Die Details werden erst bekannt werden, doch die Richtung ist klar.

1) Die SPÖ wird weitgehend allen Sozialabbau durchwinken, den ÖVP, Neos und "die Wirtschaft" fordern. Stolz schlägt man sich auf die Brust, dass man viel vernünftiger (lies: härter) als frühere Regierungen den Rotstift ansetzt. Das Problem: mit genau dieser Politik kann sich die FPÖ als einzige "Opposition" präsentieren und weitere Wahlen gewinnen.

2) Ein grundlegender Um- bzw. Abbau droht. "Deregulierungsstaatssekretär" Schellhorn (Neos) verkündet: "Nun darf es im Wettbewerb der besten Strukturreformideen keine Denkverbote mehr geben." Dazu könnte ein weiteres Anheben des Pensionsalters gehören. Die Regierung könnte auch den Zugang zu Versicherungs- und Sozialleistungen an die Staatsbürgerschaft oder die Dauer des Aufenthaltes binden - unabhängig davon, dass alle, die hier leben, auch



Steuern zahlen. Rassismus nach unten, um die Profite oben nicht antasten zu müssen.

3) Dazu kommen Maßnahmen, die unmittelbar die benötigten 2 Milliarden bringen sollen. Ideen dafür: Gebühren erhöhen, Kalte Progression wieder zulassen (=Lohnverlust), Subventionen kürzen, Lohnnebenkosten senken (=Kürzen im Gesundheitswesen)... Schellhorn kündigt an: "Wenn auch Länder und Gemeinden jetzt zeigen, was sie können...". Die Verlagerung der Kürzungen auf die Landes- und Gemeindeebene war schon im letzten Budget inkludiert und führt aktuell zu einer Reihe brutaler Einschnitte bei Gesundheit und Sozialem. Die SPÖ und in ihrem Schlepptau der ÖGB werden wieder behaupten, Schlimmeres verhindert zu haben und dass das ganze "sozial ausgewogen wäre". Eine Lüge, wie selbst die eigenen Statistiken zeigen!

Und noch ein 4) Die neuerlich steigende Inflation spült zusätzliches Geld in die Staatskasse, v.a. weil die Umsatzsteuereinnahmen mit den Preisen steigen. Die Masse der Bevölkerung wird also vierfach belastet: durch steigende Preise, steigende Steuern und gleichzeitig sinkende Löhne und sinkende Sozialleistungen. Düstere Aussichten.

### Sie verwenden unser Geld für Waffen

"Die Dividendenausschüttungen setzen 2025 nahtlos die Rekordjahre fort

und sprengen im Herbst zum dritten Mal in Folge die 6-Milliarden-Euro-Grenze", schreibt die AK. Gerade Banken, Versicherungen und der Energiebereich schreiben Gewinne. Wozu braucht es diese Kürzungspakete?

2015-24 haben sich die Militärausgaben auf knapp 5 Milliarden verdoppelt. 2026 gönnt die Bundesregierung der Waffenlobby über 5 Milliarden unseres Geldes und in den nächsten Jahren soll dieser Betrag auf 8 Milliarden (pro Jahr!) und mehr gesteigert werden.

### Vermögenssteuer - gut, aber zu wenig!

"Die reichsten 100 Familien besitzen 205 Milliarden Euro", erklärt der ÖGB und fordert, wie andere auch, eine Besteuerung des Vermögens (die übrigens unter einem SPÖ-Finanzminister abgeschafft wurde). Diesen Reichtum, der durch die Arbeit vieler un- und unterbezahlter Beschäftigter geschaffen und weitervererbt wurde, für das Wohl aller zurückzuholen, ist nötig. Doch weder SPÖ noch ÖGB/AK setzen effektive Schritte zum Erreichen dieser Forderung. Es ist klar, dass die Reichen und auch die Regierung von "guten Argumenten" nicht zu überzeugen sind. Echte Umverteilung von oben nach unten muss erkämpft werden.

Die Kürzungen müssen mit einer kämpferischen Kampagne für die Besteuerung hoher Vermögen und hoher Erbschaften beantwortet werden. Eine solche Kampagne, ausgerufen durch die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, kann mobilisieren und organisieren. Sie kann ein Schritt für viel mehr sein, für eine Politisierung, die die generelle soziale Ungerechtigkeit im Kapitalismus ins Visier nimmt. Die nicht nur fordert, sondern erkämpft. Die sich nicht durch Betriebsschließungen oder Standortverlagerung erpressen lässt, sondern solche Betriebe in öffentliches Eigentum unter die Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten stellt. Unsere schärfste Waffe ist die Verbindung unserer Argumente mit der Bereitschaft, sich für diese zu organisieren und gemeinsam dafür zu kämpfen. Komm zu unseren Treffen und diskutiere mit uns, WIE wir das erreichen können.

# Kein Geld für Pensionen und Arbeitslose... ...für Waffen aber schon

Demnächst wird das Doppelbudget für die Jahre 2026/27 veröffentlicht. Laut Finanzminister Markus Marterbauer von der SPÖ soll der derzeitige (Kürzungs-)Kurs "konsequent" weiterverfolgt werden. Die "Vorschläge" und Wünsche von Firmen und Politik sind eindeutig: gekürzt und gespart werden soll u.a. bei Pensionen, Kranken und Arbeitslosen.

Von Anna Hiermann, SO Wien

Die brutal-neoliberale "Agenda Austria", die sich für einen noch schärferen Sparkurs, als die Bundesregierung ausspricht schreibt dazu:

*"Aber manchmal kann man es sich eben nicht aussuchen....Wir können ... entscheiden, ob wir unser Pensions-system reformieren und das 30-Milliarden-Loch zuschütten wollen, das darin klafft."*

Seit Jahren wird behauptet, dass die Pensionen „unfinanzierbar“ wären - aber niemand fragt, ob nicht eigentlich die Gewinne unfinanzierbar sind!

**Pensionist\*innen sind nicht schuld an der Krise - sollen aber dafür bezahlen!**

Schon im letzten Budget kam es zur Verschärfung der Korridor pension von 62 auf 63 Jahre. Zusätzlich wurde die erforderliche Versicherungszeit von 40 auf 42 Jahre verlängert. Nach dem Pensionskahl Schlag von schwarz-blau war das eine weitere Verschlechterung. Menschen, die nach "nur" 40 Arbeitsjahren ihre Pension antreten, müssen weitere Abschläge in Kauf nehmen. Nach einem Job, der kaputt macht, landet man nun in der Arbeitslosigkeit statt in der Pension. Denn gerade Menschen zwischen 55 und 64 Jahren sind am häufigsten arbeitslos. Unternehmen sind oft nicht gewillt, ältere Menschen anzustellen.

Damit sich der Staat hier Geld spart, sind zusätzliche Angriffe auf Arbeitslose "nötig" - sonst wäre es nur eine Verschiebung von der Pensions- in die Arbeitslosenversicherung. Um das zu rechtfertigen, wird über die Hintertür der Boulevardmedien Stimmung gemacht. In der angeblichen "sozialen

Hängematte" sind oft "Aufstocker", also Menschen, die in ihrem Job zu wenig verdienen. Teilzeit ist keine Lifestyle-Entscheidung sondern es sind oft Alleinerzieher\*innen, die keinen Kindergartenplatz finden oder Pflegekräfte oder Lehrpersonen, die den Job sonst einfach nicht durchhalten. Beschönigend wird erklärt, die "Arbeitsanreize" sollen erhöht werden - indem das Arbeitslosengeld schneller sinkt. Kranke sollen "von zuhause aus" oder im "Teilkrankenstand" trotz Krankheit arbeiten. Die Ideen der Kapitalist\*innen sind zahlreich, wenn es darum geht, bei uns zu kürzen, um ihr "Recht" auf Profit zu erhalten.

Jedoch ist das Arbeitslosengeld in Österreich relativ niedrig. Während es in anderen europäischen Ländern etwa 70 % vom letzten Bezug ausmacht, sind es in Österreich etwa 55 %. Im Durchschnitt beträgt das Arbeitslosengeld 1.254 Euro pro Monat, das sind 400 Euro weniger als die Grenze zur Armutgefährdung einer alleinstehenden Person. Somit kann das Arbeitslosengeld bereits jetzt oftmals nicht einmal die Existenz absichern.

**Neue Gewinnmöglichkeit für Konzerne**

Zusätzlich soll der Privatbeitrag bei Gesundheit und Pensionen erhöht werden. Leute, die im Alter nicht verarmen wollen, werden sich in Zukunft zusätzlich privat versichern müssen. Jedoch ist gerade das für Menschen mit niedrigem Einkommen nicht leistbar. Außerdem müssen wir immer mehr medizinische Behandlungen selbst bezahlen. Privatversicherungen sind ein gewinnbringender Markt für private Unternehmen. Da aber z.B. die privaten Pensionsfonds mit Aktien "abgesichert" sind und den jeweiligen Aktienkursen unterliegen, kann das Geld, das über Jahrzehnte eingezahlt wurde, weg sein.

Maßnahmen wie diese drohen und sie zeigen, dass die Krise auf dem Rücken der Arbeiter\*innen und der Schwächsten ausgetragen wird, während die Vermögen von Superreichen, Großkonzernen und Banken unangetastet bleiben.



Von der Regierung drohen massive Verschlechterungen. Dagegen braucht es offensive Forderungen und Gewerkschaften, nicht nur bitten, sondern dafür auch wirklich kämpfen.

## Wir fordern:

- Nein zu Kürzungen bei Arbeitslosen, sozial Schwachen und Pensionen - stattdessen Arbeitslosengeld und Pension, die so hoch sind, das ein menschenwürdiges Leben möglich ist.
- Radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohn und die Einstellung des dringend nötigen zusätzlichen Personals.
- Rücknahme aller Kürzungen vergangener Regierungen - dazu gehört auch der 12h-Tag und die Pensionsreform von 2003.
- Nein zu allen "Sparpaketen" - es ist genug Geld auf den Konten und in den Stiftungen der großen Konzerne und der Superreichen.
- Volle Transparenz und Information über die Vermögen der Superreichen, die Rücklagen und Gewinne der Konzerne - wir haben ein Recht zu erfahren, wo das Geld ist, das wir erarbeiten. Verwendung dieses Geldes für die, die es erarbeitet haben und nicht für die Privilegien einer kleinen Minderheit.

# Lebensstandard verteidigen heißt:

## Kämpferische Gewerkschaften und neue Arbeiter\*innenpartei aufbauen

Das Kapital hat mit Erfolg die jüngste Krise auf den Rücken von uns Arbeitenden abgeladen: Reallohnverluste, Arbeitsplatzabbau, Kürzungen in den Budgets beim Bund und in den Ländern gehen zur Gänze zu Lasten von Beschäftigten und sozial Schwächeren, gleichzeitig werden die Rüstungsausgaben massiv erhöht - und die Gewerkschaftsführungen haben kein wirksames Konzept dagegen. Das schafft zu Recht Wut und Frust.

Von Gerhard Ziegler, SO Linz

Wir brauchen ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm, das mit der bisherigen Politik der Sozialpartnerschaft (siehe Seite 6) bricht und für echte Realloohnerhöhungen und den Erhalt unserer Arbeitsplätze kämpft. Die Forderungen und notwendigen Kampfschritte müssen zusammen mit den Beschäftigten diskutiert und abgestimmt werden, genauso wie jedes Verhandlungsergebnis. Momentan führt nur die Gewerkschaft VIDA Urabstimmungen durch.

### Gewerkschaften müssen Widerstand organisieren

Auch die aktuellen Kürzungen in Bund und Ländern erfordern Widerstand der Gewerkschaften. Doch den gibt es bestenfalls dort, wo sich die SPÖ in Opposition befindet. In Salzburg or-

### Die Kürzungspartei SPÖ

Bei Sonntagsreden und am 1. Mai erinnern sich manche Funktionär\*innen der SPÖ daran, "Sozialist\*innen" zu sein. Babler bezeichnete sich als "Marxist" und präsentierte linke Forderungen - die er aber gleich wieder vergaß, nachdem er zum Vizekanzler wurde. Denn in der Realität ist die SPÖ längst keine Arbeiter\*innenpartei mehr, sondern eine der vielen Kürzungsparteien im Sinne des Kapitals geworden.

In den 1990-er Jahren privatisierte die SPÖ an der Regierung die Verstaatlichte Industrie. SP-Finanzminister Lacina schaffte die Vermögenssteuer in Österreich ab (1993). Heute schnürte eine Koalition aus ÖVP-SPÖ-NEOS mit einem SPÖ-Finanzminister das größte Kürzungspaket der 2. Repub-

**SOLIDARISCHER WIDERSTAND**

**[ SoWi \_ So ]**

**GEGEN SOZIALABBAU**

**Gewerkschaft geht besser!**

**26. Juni um 17.00**

**AK Wien Bildungszentrum (4; Theresianumgasse)**

ganisierten die Arbeiterkammer und die zuständigen Gewerkschaften gegen eine schwarz-blaue Landesregierung zwei Großdemonstrationen zur erfolgreichen Verteidigung des Pflegebonus. Ansonsten herrscht Funkstille.

Wir brauchen aber Gewerkschaften, die Verschlechterungen und Angriffe bekämpfen und nicht politischen Steigbügelhalter für die SPÖ spielen. Dafür müssen die Gewerkschaften - v.a. auch deren Mehrheitsfraktion FSG (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter\*innen) - mit der SPÖ politisch und organisatorisch brechen und ihre Mitglieder in den Betrieben auch gegen deren Kürzungspolitik mobilisieren.

### Wir brauchen eine neue Partei der Arbeiter\*innen und Jugendlichen

Wir haben aktuell keine Partei, die die Interessen der Arbeiter\*innen und

Jugendlichen nach einem abgesicherten und ausfinanzierten Sozialstaat (Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem, Pensionen, Arbeitslosenversicherung etc.) sowie echten demokratischen Rechten (auch in den Betrieben) gegen die Angriffe von Unternehmen und Regierungen verteidigt.

Der Grund für hohe Budgetdefizite, wirtschaftliche Schwierigkeiten von Unternehmen und Insolvenzen liegt im Kapitalismus: weltweite Wirtschaftskrise, schrumpfende Märkte, Absatzkrisen, Protektionismus, Teuerung bei Energie, Lebensmitteln etc. dazu immer schärfer hervortretende Umweltkrisen. Und die Kriege, aktuell v.a. der Krieg im Iran/NahOst, verschärfen diese Probleme.

Angesichts dieser Krisen werden wir mit immer mehr Angriffen konfrontiert sein. Um diesen wirksam standhalten zu können, werden wir eine eigene Partei benötigen. Diese wird und muss sich aus den künftigen gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen herausbilden.

### Gewerkschaft mit oder ohne Parteibindung?

Die aktuelle Bindung von ÖGB und FSG an die SPÖ schaden den gewerkschaftlichen Interessen und den Beschäftigten. Andererseits kann eine Arbeiter\*innenpartei ein wichtiger Bündnispartner für betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe sein.

Politisch unabhängig müssen Gewerkschaften von den diversen bürgerlichen Kürzungsparteien sein, und dazu gehört heute auch die SPÖ. Mit einer echten neuen Arbeiter\*innenpartei aber macht eine starke Verbindung Sinn und wäre eine wichtige Grundlage für kommende, erfolgreiche Kämpfe.

lik und bezeichnete es obendrein als "sozial ausgewogen", obwohl es fast ausschließlich die Beschäftigten und sozial Schwächeren trifft und gleichzeitig die Rüstungsausgaben massiv erhöht. Derselbe Marterbauer drängte die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst unter Androhung von Nulllohnstunden dazu, den ohnehin schwachen, bereits ausverhandelten Kollektivvertrag für 2026 wieder aufzuschnüren und mit einem Reallohnverlust drei Jahre lang hintereinander neu abzuschließen. Die Wiener Landesregierung, in der die SPÖ die Mehrheit hat, nimmt Kürzungen in Höhe von € 500 Mio zu Lasten der Arbeiter\*innenklasse und der sozial Schwachen vor. Die Beispiele könnten wir endlos fortsetzen...

# Privatbesitz an... Sozialen Netzwerken ist gefährlich!

Die Diskussionen rund um eine Altersbeschränkung für soziale Netzwerke sind nicht nur in Österreich in vollem Gange. Viele Staaten wollen dem Beispiel von Australien folgen.

Von Margarita Wolf, SO Wien

Das angepriesene Ziel, Jugendliche und Kinder vor den schädlichen Folgen sozialer Medien schützen zu wollen, scheint allerdings in weiter Ferne: Seit der Einführung in Australien im Dezember 2025 wurden 4,7 Millionen Konten von Personen unter 16 Jahren gelöscht. Ein Drittel der Eltern berichten, dass ihre Kinder dennoch mindestens ein Konto besitzen. Zwei Drittel der Eltern geben an, dass die verschiedenen Plattformen nicht nach dem Alter gefragt haben. Die Verantwortung zur Umsetzung des Gesetzes liegt also, wie zu erwarten war, nicht bei den Anbietern, den internationalen Tech-Konzernen, sondern vielmehr bei den Familien.

## Datensammlung für Überwachung und Kontrolle

Eine reale Gefahr birgt die Datensammlung im Zuge der Altersbeschränkungen. Konzerne wie Meta oder TikTok werden unzählige Ausweisdoku-



mente, Gesichts-Scans und andere sensible Daten sammeln. Diese werden u.a. für gezielte Werbung eingesetzt. 2025 lukrierten erstmals Social-Media-Konzerne mehr Einnahmen durch Werbung als herkömmliche Medienkonzerne. Soziale Medien werden v.a. von jungen Menschen als primäre Nachrichtenquelle benutzt. Diese Inhalte zu kontrollieren, ist also für die Herrschenden enorm wichtig.

## Echte soziale Räume schaffen statt Chat rooms nutzen

Die Auswirkungen der globalen Krisen

treffen Jugendliche besonders hart. Bei öffentlichen Freizeitangeboten für Jugendliche wird seit langem gespart. Das Handy ist oft die billigste Möglichkeit, sich zu beschäftigen. Verstärkt durch die Pandemie-Zeiten ist das Handy heute DER wichtige Freizeit-Gegenstand. Wollen wir das umkehren, dann brauchen wir keine Strafen, sondern sichere, attraktive und kostenlose Alternativen wie Chill-Bereiche, wo sich Jugendliche treffen können, Sport-, Musik- und andere Freizeitangebote.

Wenn wir sicherstellen wollen, dass Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene soziale Medien gefahrlos und unter den besten aller Voraussetzungen auch sinnvoll und altersgerecht nutzen können, müssen die Tech-Konzerne in öffentliches Eigentum unter gesellschaftlicher Kontrolle gebracht werden. Neue Technologien sind weder an sich gut oder schlecht. Ihre gesellschaftlichen Auswirkungen hängen in erster Linie davon ab, wer sie besitzt, kontrolliert und wofür sie genutzt werden. Ohne Profitorientierung könnten wir die schädliche Werbung und süchtigmachende Algorithmen ausschließen und die Plattformen zu den sozialen Kommunikationsplattformen machen, die sie sein sollten/könnten.

# Nein zum Rainbow-Capitalism

Auf der Suche nach neuen, lukrativen Geschäftsfeldern hat der Kapitalismus längst die queere Community entdeckt. Interessant sind hier v.a. „DINKS“ (double income no kids) am besten jung, gutaussehend und wohlhabend; Lebensentwürfe die sich vermarkten lassen und die zahlungskräftige Konsument\*innen sind.

von David Kurz, SO-Niederösterreich

In der Realität sind Queers jedoch immer noch ärmer und von Diskriminierung betroffen. Zahlreiche Konzerne setzen auf „Regenbogen-Kapitalismus“. Dies entwickelte sich im Gleichklang mit der wachsenden Akzeptanz der Gesell-

schaft. Neben einem positiven Image gewinnen die Konzerne Kund\*innen und hoffen auf eine erhöhte Zufriedenheit der Beschäftigten. Mit dem Wandel der politischen Lage ändert sich allerdings auch die Politik der Konzerne. Nach dem Wahlerfolg von Trump haben sich zahlreiche Firmen von Diversität und der Unterstützung von queeren Anliegen verabschiedet.

## Stonewall was a riot!

Es zeigt sich: es gibt keine Bereitschaft dieser Unternehmen, für wirkliche Veränderungen zu kämpfen. Viel mehr geht es um billige Werbung, verknüpft mit einem positiven Image. In Glasgow erreichte die Vermarktung

einen neuen Höhepunkt mit der Einführung eines Eintritts im Jahr 2015. Daraufhin organisierten Aktivist\*innen eine zweite Gratis-Parade für denselben Tag. In Madrid organisiert die LGBT-Community eigene alternative Paraden, da die bisherigen Prides reine Tourismusevents geworden sind. Immer mehr Aktivist\*innen sehen, dass die Konzerne keine Bündnispartner gegen Diskriminierung sind und besinnen sich der Anfänge der Bewegung, den Massenprotesten und Aufständen von Stonewall. Firmen und Konzerne sind keine guten Bündnispartner\*innen, aber all jene, die ebenfalls unter der Ausbeutungslogik des Kapitalismus leiden, die eine gerechtere Gesellschaft fordern, sind es!

# Sozialpartnerschaft: Abgesang im Walzertakt

Gerne wird die Sozialpartnerschaft in Sonntagsreden als österreichisches Markenzeichen verkauft. Irgendwo zwischen Skifahren, Gemütlichkeit, Neutralität und Wiener Walzer. Was uns als nationale Idylle und Garant für Stabilität präsentiert wird, ist in Wahrheit eine gut organisierte Fessel.

Von Albert Kropf, SO Wien

Um uns herum taumelt die Welt in eine Phase permanenter Krisen, Aufrüstung und sozialer Kahlschläge. Gleichzeitig versucht die Gewerkschaftsbürokratie uns mit dem sanften Takt der Sozialpartnerschaft des Stillhaltens in den Schlaf zu wiegen. Dass das immer weniger funktioniert, zeigt sich an allen Ecken und Enden. Die zunehmend triste Realität der Menschen lässt sich nicht wegtanzen! Die Rekordteuerung der letzten Jahre hat die Ersparnisse vieler Beschäftigten vernichtet. Immer mehr stehen mit dem Rücken zur Wand, während die Unternehmen die schwächelnde Wirtschaft als Peitsche nutzen, um Reallohnverluste als etwas „Vernünfti-

ges“ zu verkaufen. Das Prinzip Durchtauchen, das von den Spitzen in ÖGB und Arbeiterkammer als kluge Strategie angepriesen wird, ist eine Kapitulation vor den Profitinteressen der Unternehmen. Wir erleben keinen kurzen Wetterumschwung, den man im Windschatten der Sozialpartnerschaft aussitzen kann, sondern einen fundamentalen Klimawandel des Kapitalismus. Das goldene Zeitalter der Sozialpartnerschaft, wo ein paar Krümel vom Tisch der Reichen abgefallen sind, ist endgültig vorbei.

## Logik-Bruch: Kampf statt Stillstand

Die Arbeitskämpfe der letzten Monate in Sozialwirtschaft, Ordensspitalern und IT-Branche markieren diesen Wendepunkt. Sie zeigen die Bereitschaft der Kolleg\*innen für ihre Interessen selbst einzustehen. Der Warnstreik in der IT war dabei mehr als ein Symbol. Er hat bewiesen, dass selbst dort, wo jahrelang auf Individualisierung und Konkurrenz gesetzt wurde, gemeinsamer Widerstand möglich ist. Auch wenn das Ergebnis unter der Inflation liegt, ist der Abschluss politisch wertvoller als jene, die

nur über die Köpfe der Beschäftigten hinweg besiegelt wurden. Diese Kämpfe sind die notwendige Antwort auf eine Entwicklung, in der Reallohnverluste als alternativlos verkauft werden, während gleichzeitig immer mehr Arbeit auf immer weniger Schultern lastet.

Der Widerstand entsteht aus der Einsicht, dass die ökonomische Basis für sozialen Frieden weg ist. Der lange Nachkriegs-Aufschwung war eine historische Ausnahme. Hohe Wachstumsraten erlaubten den Firmen damals Zugeständnisse, ohne die Profite zu gefährden. Sozialstaat und Sozialpartnerschaft waren das Ergebnis dieser besonderen Bedingungen – nicht das Resultat von Fairness, Einsicht oder Verhandlungsgeschick der Gewerkschaftsspitzen. Sie waren schlicht billiger, als Klassenkämpfe zu riskieren. Seit Jahrzehnten sind diese Spielräume jedoch verschwunden. Die Weltwirtschaft steckt in der Dauerkrise: Kriege, Aufrüstung, Umweltzerstörung und massive Staatsverschuldung verstärken sich gegenseitig. Mit Trump 2, neuen Handelskriegen und wirtschaftlicher Abschottung verschärft sich die Lage massiv. Das Kapital hat heute nichts mehr zu verteilen außer die Kosten der eigenen Krise. Da bringt Stillstand keine Stabilität mehr, sondern bereitet lediglich den Boden für noch härtere Angriffe auf unsere Existenz vor.

## Kriegswirtschaft trotz Mangel-Budget

Die geopolitische Lage diktiert die wirtschaftliche Marschrichtung. Der Übergang zur Kriegswirtschaft ist keine theoretische Spielerei, sondern bittere Realität, die auch das formal neutrale Österreich voll erfasst hat. Hinter der Fassade der Neutralität wird die faktische Integration in globale Militärstrukturen vorangetrieben. Besonders die Eskalation im Nahen Osten, wie der Krieg gegen den Iran, heizt die Militarisierung sowie die Krisenanfälligkeit weltweit massiv an. Damit droht ganz konkret eine neue Phase der Hochinflation, die unseren Lebensstandard weiter drückt.

Die globale Lage gibt den Rahmen für Kollektivvertragsverhandlungen weit stärker vor als das persönliche Geschick

## 1920 – AK als Bremsklotz der Revolution

1918-20 wankte der österreichische Kapitalismus. Die tatsächliche Macht lag in den Händen der Arbeiter\*innen- und Soldatenräte, die landesweit entstanden – in Wien besonders dicht. Ihre Macht war konkret: Sie verteilten Wohnungen, organisierten die Lebens- und Heizmittelversorgung, beschlagnahmten Güter und setzten Entscheidungen ohne Zustimmung der Eigentümer\*innen durch. Für kurze Zeit übten sie eine Doppelmacht neben der alten staatlichen Macht aus. Das setzte sowohl Kapital als auch reformistische Sozialdemokratie zuerst unter Schock, dann massiv unter Druck. Ein offener Bruch mit den Räten hätte einen Bürgerkrieg riskiert. Die Lösung war daher nicht die direkte Zerschlagung wie in Deutschland, sondern die Einbindung: Mit der Gründung der Arbeiterkammer 1920 wurden die Räte in staatliche Bahnen gelenkt. Man gab den Arbeiter\*innen ein formalisiertes Mitspracherecht.

Gleichzeitig wurde ihnen so die selbstorganisierte Macht über Betriebe, Versorgung und Verteilung entzogen. Damit wurde die AK zum institutionellen Kern des Klassenkompromisses. Mit der Niederschlagung des Oktoberstreiks 1950, der sich gegen für die Arbeiter\*innen miese Lohn-Preis-Abkommen richtete, wurde auch der ÖGB Teil dieses Kompromisses. Diese Form der Sozialpartnerschaft ist wesentlich tiefer im bürgerlichen Staat verankert als in vielen anderen Ländern. Es ist eine strukturelle Verschmelzung mit dem Staatsapparat. Trotzdem verteidigen wir heute die AK gegen Angriffe von rechts. Nicht aus Liebe zur Sozialpartnerschaft à la Renate Anderl, sondern wegen der handfesten Schutzfunktionen im Arbeits-, Sozial- und Mietrecht. Unser Ziel ist jedoch nicht die Verwaltung des faulen Kompromisses, sondern die radikale Demokratisierung der AK im Interesse der Arbeiter\*innen.

einzelner Gewerkschaftsvertreter\*innen in den Verhandlungen zwischen den Sozialpartner\*innen". Die Firmen nutzen die Instabilität als Vorwand für massive Aufrüstung auf Kosten der sozialen Sicherheit. Gleichzeitig wird im Gesundheitswesen, der Pflege und den Schulen jeder Euro zweimal umgedreht. Hier wird deutlich, dass es im Kapitalismus keine Partnerschaft zwischen Beschäftigten und Kapitalist\*innen gibt, sondern einen fundamentalen Gegensatz. Die Sozialpartnerschaft wird endgültig zur Sackgasse, da sie den notwendigen Konflikt um die Mittelverteilung gar nicht erst führt und die Systemfrage konsequent ausklammert.

### Streiken wieder lernen

Jahrzehnte "sozialen Friedens", von Streikzeiten im Sekundenbereich, bedeuten, dass Beschäftigten und Gewerkschaft Erfahrung fehlt. Nun nehmen die Kämpfe, auch wegen des Drucks von unten, wieder zu. Oft wirken sie eher als hilflose Versuche der Gewerkschaftsführung, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, ohne aber die Unternehmen wirklich unter Druck zu setzen. Doch ein wichtiges Ergebnis ist, dass immer mehr Beschäftigte Teil solcher Mobilisierungen sind und damit Solidarität und die potentielle Stärke der Arbeiter\*innenklasse erleben. Der Erfolg im IT-Bereich hat ein wichtiges Signal gesendet: Widerstand und Proteste machen einen Unterschied!

Es ist aber eine gefährliche Illusion zu glauben, dass mehr Streiks allein die Probleme lösen. In einem verfallenden Kapitalismus setzt sich das Kapital immer über Verträge und Gesetze hinweg, wenn der Profit gefährdet ist. Kollektivverträge werden einfach wieder aufgemacht und neu "verhandelt". Wer den Kampf auf die ökonomische Ebene beschränkt, tappt in die nächste Falle.



Ohne eine politische Alternative und ein Programm zur Überwindung des Kapitalismus bleibt die Gefahr, dass die Proteste auf halbem Weg stecken bleiben. Aktionismus ohne Systemfrage kann schnell zur Erschöpfung und Frustration führen, wenn die Bosse Proteste aussitzen oder die Produktionen verlagern. Der Widerstand muss deshalb über die Lohnfrage hinaus und in Richtung Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Güter gehen. So wird aus dem betrieblichen Widerstand eine gesamtgesellschaftliche politische Kraft, die den Rahmen des Systems sprengen kann. Wer sozialpartnerschaftlich nur auf die nächste Verhandlungsrunde schießt, übersieht die Realität des kapitalistischen Verfalls und Chaos.

Dazu führt kein Weg an den Gewerkschaften vorbei, die wir uns als Kampforganisationen zurückholen müssen. Das ist die Voraussetzung zur Sicherung unseres Lebensstandards und unserer Zukunft. Dafür brauchen wir ein konkretes Programm: Funktionär\*innen dürfen nicht mehr verdienen als durchschnittliche Facharbeiter\*innen. Wer sich finanziell von der Basis abhebt, verliert das Gespür für die Teuerung und unsere Probleme. Wir brauchen die volle Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionär\*innen durch die Basis. Kein Verhandlungsergebnis darf mehr in Hin-

terzimmern geführt und besiegelt werden, verpflichtende Urabstimmungen über jedes Ergebnis. Gleichzeitig müssen wir die künstliche Zersplitterung der Branchen stoppen. Während das Kapital vernetzt handelt, werden die unterschiedlichen Berufsgruppen bei den Kollektivvertragsverhandlungen isoliert. Beschäftigte im gleichen Unternehmen, wie im Frühjahr 2026 bei IT und Werbung, verhandeln und kämpfen getrennt. Das ist absurd und nutzt nur den Unternehmen!

### Kämpferische Alternative aufbauen

Die Bilanz der letzten Monate zeigt deutlich, dass die Sozialpartnerschaft keine Antworten mehr auf die Probleme von heute hat. Das Prinzip Durchtauchen ist keine Strategie, es ist eine Einladung an die Gegenseite, den Druck weiter zu erhöhen. Was wir jetzt brauchen, ist die bewusste Vernetzung der kämpferischen Kolleg\*innen aus allen Branchen – nicht als symbolische Geste, sondern als Keim einer neuen, kämpferischen Gewerkschaftsopposition. Eine Opposition, die die Stellvertreterlogik durchbricht, die Bürokratie herausfordert und die Gewerkschaften wieder zu Instrumenten des Klassenkampfes macht. Und letztlich eine sozialistische Alternative, die den Zerfall nicht nur beklagt, sondern beendet.

## Die Marterbauer-Falle: Sozialpartnerschaft als Systemerhalt

Finanzminister Marterbauer war ein „keynesianischer“ Linksblinker im AK-Apparat: höhere Löhne, mehr Konsum, öffentliche Investitionen. Er zeigt, was passiert, wenn man den Rahmen des Systems akzeptiert: man landet in der Krise nicht bei Umverteilung von oben nach unten, sondern bei Sparpolitik für die breite Masse. Statt das Geld dort zu holen, wo es trotz Krise im Überfluss vorhanden ist – bei

Vermögen, Profiten und Superreichen – kürzt Marterbauer bei den Beschäftigten, im Bildungs- und Gesundheitswesen. Gleichzeitig stehen für Aufrüstung Milliarden bereit. Weil Babler, Marterbauer und die ÖGB-Spitze politisch so tief in der Sozialpartnerschaft verankert sind, sehen sie die Beschäftigten nicht als eigenständige Kraft, sondern als Manövriermasse ihrer Stellvertreterpolitik.

In dieser Logik braucht es Expert\*innen, die „vernünftige“ Kompromisse schließen und die Beschäftigten stillhalten. Wer keine echte Alternative zum Kapitalismus formuliert, wird zum Sanierer eines Systems, das längst faul ist. Der Versuch, den Kapitalismus sozial zu zähmen und dabei stehen zu bleiben, endet seit jeher in seiner bedingungslosen Verteidigung. Die Sackgasse der Sozialpartnerschaft!

## Organisieren und dauerhaft Verbesserungen auf der Straße erkämpfen

**Graz: KPÖ wählen - aber wählen allein reicht nicht!**

Am 28. Juni finden die Gemeinderatswahlen in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, statt. Der Hintergrund: Die multiplen Krisen des Kapitalismus werden schärfer, die Spielräume für die künftige Stadtregierung nicht größer. Zusätzlich herrscht im Land die FPÖ mit ihrer unsozialen Kürzungspolitik..

Von Tim Rosa, SO Graz

Die Arbeiter\*innen sehen sich durch die einstige „Arbeiterpartei“ SPÖ schon lange nicht mehr vertreten und schauen sich nach Alternativen um. Die einzig glaubwürdige linke Alternative in Österreich ist für viele im Moment die KPÖ. Sie konnte 2021 in Graz das Vertrauen der Wähler\*innen gewinnen. Funktionär\*innen der KPÖ wie Elke Kahr beziehen nur einen Durchschnittslohn - das unterscheidet die KPÖ massiv von allen anderen Parteien.

Die KPÖ hat in Graz bei der ersten Teuerungswelle nach dem Ukrainekrieg die Mieten und Gebühren deutlich geringer erhöht als die SPÖ-geführte Stadt Wien. Die Mieten der Gemeindewohnungen in Graz sind dank der Maßnahmen der Grazer Stadtregierung unter 40% des Richtwertes. Sie übernahm die Finanzierung von AIDS-Hilfen, die durch die Landesregierung gestrichen wurden. Es gab eine finanzielle Hilfe zum Ausgleich der Energiepreiserhöhungen. Die KPÖ hat also Verbesserungen für die Bevölkerung umgesetzt - die sie aber nur dauerhaft verteidigen wird können, wenn sie genau diese Bevölkerung mobilisiert.

**Sachzwänge akzeptieren ist gefährlich**

Gleichzeitig hat die KPÖ bisher das kapitalistische Spiel der Sparlogik zähneknirschend, aber doch, mitgespielt - es wurden z.B. Stellen nicht nachbesetzt, eine Form des soften Personalabbaus. Auch den schlechten Abschluss im öffentlichen Dienst hat sie in Graz mitgetragen.

Die Koalition mit SPÖ- und Grünen ist nur einer der Gründe für diese Politik. Als Teil einer Koalition, die den Kapitalismus grundlegend akzeptiert, hat die KPÖ akzeptiert, sich auf Mangelverwaltung zu beschränken. Noch sind die Einsparungen vergleichsweise „mild“, aber

das kann sich ändern, wenn die Stadt Graz ernsthaft unter Druck von Seiten des Bundes kommt. Elke Kahr sagte einst, die Grazer Bevölkerung sei ihr Koalitionspartner. Wenn sie das ernst meint, bedeutet das, die Straße zu nutzen und Proteste zu organisieren - auf Klassenkampf statt Stellvertreterpolitik zu setzen.

Die 1980er Jahre in Liverpool haben gezeigt, dass man sich auch in Zeiten der wirtschaftlichen Krise dem Druck der etablierten Parteien widersetzen kann. Statt sich den Regeln des Kapitalismus zu unterwerfen, setzte der Liverpools Stadtrat auf die organisierte Arbeiter\*innenklasse und band diese auf jeder Ebene ein, stärkte das Klas-

senbewusstsein und baute eine echte Massenbasis auf. Sozialprogramme sind ein Schritt nach vorne, aber im Kapitalismus niemals sicher und reichen daher nicht. Der sozialistische Stadtrat von Liverpool hat immer erklärt, wo die Begrenzungen im Kapitalismus liegen und dass für dauerhaften Wohlstand eine sozialistische Gesellschaft nötig ist.

Es ist zu begrüßen, wenn die KPÖ wiedergewählt wird. Aber sie kann dieses Potential auch verspielen, wenn sie das kapitalistische Spiel mitspielt und der Kürzungspolitik des Bundes nichts entgegengesetzt. Die KPÖ muss weiter gehen, den Sparmaßnahmen die Stirn bieten, die Arbeiter\*innen mobilisieren und klare Stellung beziehen.

**Liverpool 1983: Eine Stadt kämpft und gewinnt**

Der Liverpools Stadtrat, in dem die Militant Tendency (Mitglieder des Komitees für eine Arbeiter\*inneninternationale in Britannien) eine bedeutende Rolle spielte, stellte sich gegen das Sparprogramm Thatchers. Er forderte die nötigen finanziellen Mittel von der Zentralregierung ein und mobilisierte gemeinsam mit den Gewerkschaften die Bevölkerung in Massenprotesten und Massenstreiks. 25.000 marschierten im November 1983 durch Liverpools Straßen. 1985 waren es sogar 50.000. Unter Druck von mehreren Fronten (u.a. dem Bergarbeiter\*innenstreik) war Thatcher gezwungen, Zugeständnisse zu machen.

Der Stadtrat erstellte mit der Bevölkerung ein Budget, das sich an den Bedürfnissen orientierte. Damit wurden

massive Bauprojekte finanziert, die über 1.000 Arbeitsplätze und Wohnungen des öffentlichen Wohnbaus schufen, die Mieten senkten und das Leben der Menschen dauerhaft verbesserten. Er führte für städtische Beschäftigte die 35-Stunden-Woche und einen Mindestlohn von 100 Pfund pro Woche ein, wovon 4.000 der am schlechtesten bezahlten Arbeiter\*innen profitierten. Auszubildende erhielten eine garantierte Übernahme nach Beendigung der Ausbildung. Auch im Bildungswesen wurden große Verbesserungen erreicht. Das gesamte Schulwesen der Stadt wurde reorganisiert, was dazu führte, dass Liverpool zu den Städten mit den kleinsten Klassengrößen gehörte. Schulsessen und Kindergärten wurden beitragsfrei gestellt.

# Der neue alte Imperialismus im Nahen Osten

Der Krieg gegen den Iran zeigt, wie machtlos internationale Institutionen sind. Hinter der Eskalation steckt mehr als diplomatisches Versagen oder ein planloser US-Präsident. Es geht um knallharte staatliche Interessen und Macht. Zwar ist das repressive Regime in Teheran zu verurteilen – doch die Angriffe auf den Iran nach dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ zu feiern ist naiv. Das US-israelische Bombardement bedeutet Leid und dient keinen hehren Zielen.

Von Florian Schießl, SO-Wien

Seit der Kolonialzeit wird die Region von äußeren Mächten geformt. Vor allem Großbritannien dominierte, beutete aus und sicherte mit Grenzziehungen und Militärpräsenz den Zugriff auf Ressourcen und Handelswege. Ab den 1930ern nahm Britannien fast keine vor den Nazis geflüchtete Jüd\*innen auf. Stattdessen siedelte man sie in Palästina an und schürte Zwist. Nach 1945 zogen sich die Kolonialherren zwar zurück, behielten aber ihren imperialistischen Anspruch. Statt militärisch erzwang man wirtschaftliche Dominanz mit Verträgen und Konzernen, die Ressourcen vor Ort ausbeuteten. Wenn das iranische Öl von British Petroleum gefördert wird, so die Logik, „gehört“ es Großbritannien. Auch die USA machten zunehmend ihren Anspruch geltend. Und wenn eine Regierung meinte, das Öl im eigenen Land gehöre dem Land? Dann stellte man mit Militär oder Regimewechsel die alte Ordnung wieder her: 1953 im Iran, Anfang dieses Jahres in Venezuela, und aktuell versucht man es erneut im Iran.

Am „neuen“ US-Imperialismus ist also nichts neu. Reicht wirtschaftliche Einflußnahme nicht, zeigt das über 900 Milliarden schwere Militärbudget seine Funktion. Zur Rechtfertigung werden Drogenkartelle oder Massenvernichtungswaffen herbeifantasiert. Krieg ist die Geschäftsgrundlage. Tote Zivilist\*innen, ein Trümmerfeld in Palästina, Flucht und Vertreibung in Libanon, Westjordanland und in Palästina/Israel sind die Folgen dieser Wirtschaftslogik.

## EU: Krieg & Frieden als Geschäftsmodell

Doch nicht nur die USA bedienen sich solcher Mittel. Die EU gibt sich als Hüterin einer Friedensordnung und agiert



doch imperialistisch: Gaslieferungen, Rüstungsdeals, und Migrationspolitik geben den Ton an; wirtschaftliche bzw. staatliche Interessen gehen vor, Menschenrechte werden hintangestellt. Sanktionen und ungleiche Verträge, genährt vom kolonialen Erbe, sichern die eigene Position. Reicht wirtschaftliche Macht nicht, bittet man den großen Bruder USA oder beteiligt sich selbst militärisch, wie in Afghanistan. Auch Österreich, formal neutral, ist Teil dieses Systems: internationale Organisationen, in EU-Sanktionsregime eingebundene Finanz- und Logistikknoten sitzen hier. Neutralität wird zur Standortstrategie und Vermittlung dient der Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Abhängigkeiten. Eskaliert der Konkurrenzkampf, setzt man auch als „neutrales“ Österreich mit europäischen Partnern Interessen anders durch – zur Freude der heimischen Rüstungsindustrie.

Es sind nicht böse Politiker\*innen oder irre Staatslenker, die diese Gewalt erzeugen. Das Zusammenspiel von Handel und Krieg entspringt der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Im Kapitalismus stehen Unternehmen, Branchen und schließlich Staaten in Konkurrenz. Imperialismus durch Handel und im Notfall seine militärische Durchsetzung ist der logische Schritt, um sich in diesem Kampf zu behaupten. Das Völkerrecht oder die UNO regeln Konflikte innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz, greifen aber nicht deren Grundlage an.

„Es gibt keinen regionalen Frieden in Zeiten von Eroberung, Imperialismus und kapitalistischer Oligarchie.“ erklärt

ren die Aktivist\*innen von SSM (Socialist Struggle Movement) in Palästina/Israel. Aufbauend auf den reichen Traditionen der Arbeiter\*innenbewegung in der Region, Aufständen wie dem Arabischen Frühling, Anti-Kriegs-Protesten in Palästina/Israel sowie Protesten gegen Korruption und Frauenunterdrückung im Iran braucht es eine antikapitalistische Bewegung. Einerseits, um ausländische Konzerne zu enteignen und Betriebe in die Hand der Beschäftigten und eine demokratisch geplante Wirtschaft zu überführen. Andererseits, um rückständige religiöse Regime zu überwinden, die Hass zwischen Menschen im Iran, Libanon, Irak, Israel und Palästina schüren, damit sie einander bekämpfen statt gemeinsam Frauen- und Gewerkschaftsrechte sowie nationale Selbstbestimmung zu erstreiten.

Es bringt nichts, darauf zu hoffen, dass der Imperialismus die vorgeschobenen Gründe wie „Demokratie“ und „Freiheit“ einlöst. Erst wenn Menschen sich als Klassengeschwister über nationale und religiöse Grenzen hinweg erheben und die kapitalistische Grundlage aufbrechen, hat Frieden eine Chance. Wir können und sollten sie unterstützen, indem wir anerkennen, wie unsere eigenen Herrschenden die Misere befeuern. Uns gegen „unseren“ Imperialismus stellen, der auch auf unsere Kosten Leid verbreitet. Macht über Ressourcen, Krieg und Inflation sind Seiten derselben Medaille. Erst in einer Welt ohne Kapitalismus, in der die Macht von Staaten und Privatunternehmen gebrochen ist, kann es nachhaltigen Frieden geben.

# Ungarn: Orban ist weg - was jetzt?

**Die Menschen in Ungarn feiern: Orban, der seit 2010 ununterbrochen an der Regierung war, wurde mit deutlicher Mehrheit abgewählt.**

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Ein Faktor war, dass Orban vor allem bei der städtischen Jugend weniger Unterstützung hatte. Die Wahlbeteiligung bei unter 30-jährigen war deutlich gestiegen. Viele Junge haben Magyar gewählt, weil er als liberaler in Fragen wie LGBTQ+, Minderheitenrecht und demokratischen Grundrechten gesehen wird. Gleichzeitig ist das Leben in Ungarn wenig attraktiv, es gibt wenig Jobchancen, viele Jüngere gehen ins Ausland. Aber Orbans Unterstützung ist auch bei Älteren gebröckelt. Das marode Gesundheitssystem und die Probleme im Bildungswesen waren ein Faktor. Dazu kommt, dass die Wirtschaft seit 2023 hart in der Krise ist.

## Magyar war das kleinere Übel

Dabei war es keine Begeisterung für Tisza, sondern der Wunsch, das System Orban endlich zu beenden. Seine Abwahl zeigt auch die Instabilität von rechten/rechtsextremen/rechtspopulistischen Regierungen und wie schnell die Unterstützung schwinden kann.

Es ist gut, dass Orban weg ist. Aber wie geht es jetzt weiter? Viele, nicht nur in Ungarn, sind erleichtert über Orbans Abwahl. Das Konzept, "alle gesellschaftlichen Kräfte gegen rechts bündeln", hat diesmal fürs erste funktioniert. Hat es? Kann er die soziale Situation tatsächlich nachhaltig verbessern? Das kostet Geld - doch er muss die EU-Budget-Regeln einhalten. Ein begrenzter Spielraum kann durch EU-Gelder entstehen, die nun ausbezahlt werden. Aber dafür muss Magyar "liefern": Steuersenkungen und Subventionen für Konzerne, Rücknahme bzw. Minderung der Einschränkungen für EU-Konzerne in Ungarn. Spar, Vienna Insurance Group und Erste Bank jubeln über Magyars Sieg und hoffen auf ein Ende von Bankenabgabe, Preisdeckelungen und Sondersteuern. Das waren Maßnahmen von Orban, um heimische Firmen vor Konkurrenz zu schützen, aber auch



Zugeständnisse an die eigene Bevölkerung, um die Inflation zu begrenzen.

Magyar erbt eine schwierige wirtschaftliche Situation - und Tisza steht für einen EU-typischen neoliberalen Kurs. Eine EU, die in ihren Mitgliedsländern Druck auf Sozial-, Gesundheits- und Pensionssysteme macht. Und das oft auch mit undemokratischen Mitteln durchsetzt, wie z.B. die Herrschaft Macrons in Frankreich mit Notstandsgeetzen.

## Magyar zwischen allen Stühlen

Magyar selbst ist kein Linker. Er ist nicht mal ein Liberaler. Er kommt aus Orbans rechtspopulistischer Fidesz, setzt ebenso auf Rassismus. Mit Populismus gegen Korruption und für die stärkere Besteuerung der Reichen hat er einen Nerv getroffen. Nun hat er eine Zweidrittel-Mehrheit - also keine Ausrede. Die neue Regierung wird unter Druck der Wirtschaft, aber auch der Bevölkerung stehen - und hier in Konflikte geraten. Je nachdem, welcher Druck dominiert, wird ihre Politik aussehen: und voraussichtlich werden viele, die sich Verbesserungen bei sozialen, aber auch demokratischen Rechten erhofft haben, enttäuscht werden. Insofern ist der Rechtspopulismus nicht geschlagen: Orban ist schon einmal wiedergekommen als er 2010 davon profitierte, dass die sozialdemokratische (ex-stalinistische) MSZP zugeben musste, die Wähler\*innen belogen zu haben.

Die Freude über Orbans Abwahl ist verständlich. Um aber echte, dauerhafte Verbesserungen zu erreichen, ist Ma-

gyar kein Bündnispartner, sondern wird sich als Hindernis erweisen. Es kommt darauf an, eine echte Alternative aufzubauen. Wo gibt es Ansatzpunkte dafür? In den letzten Jahren gab es immer wieder Proteste und Streiks in Ungarn, zuletzt gegen die Teuerung. 2023 gab es Proteste der Lehrer\*innen für das Streikrecht, unterstützt von den Schüler\*innen. Es braucht eine Partei, die sich auf betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe stützt, Klassenkämpfe organisieren kann und ein sozialistisches Programm hat. Es braucht eine Bewegung von unten, um sicherzugehen, dass Orbans undemokratische Maßnahmen rückgängig gemacht werden, dass dem Druck der EU in Richtung wirtschaftliche Liberalisierung nicht stattgegeben wird und damit soziale Verbesserungen umgesetzt werden. Eine solche Bewegung kann sich auf die reiche Geschichte der ungarischen Arbeiter\*innenklasse stützen, von der Räterepublik nach dem 1. Weltkrieg bis hin zum Aufstand gegen den Stalinismus und für sozialistische Demokratie 1956.

## Mehr über die Arbeit des CWI



Die Sozialistische Offensive ist die österreichische Sektion des Komitees für eine Arbeiter\*innen-Internationale (CWI/KAI). Auf der CWI-Seite gibt es Analysen und Berichte über Bewegungen, Kampagnen und Proteste und vieles mehr aus allen Teilen der Welt - aus marxistischer Perspektive.

# Werde aktiv bei der SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE

## Wofür wir stehen:

- **Wir zahlen nicht** für die kapitalistischen Krisen. Gegen jede Form von Kürzung, Personalabbau und Privatisierung! Wenn sie behaupten, es ist kein Geld da: **Offenlegung aller Finanzunterlagen**, dann sehen wir, wohin der Reichtum geflossen ist, den wir geschaffen haben.
- Für einen **Mindestlohn von 2000.- netto** bei Vollzeit, die automatische Anpassung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und ausreichend mehr Personal.
- Statt Subventionen für Banken und Konzerne oder Aufrüstung brauchen wir ein **öffentliches Investitionsprogramm** bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sozialem, Umwelt und Verkehr – finanziert durch die Profite!
- Nein zu jeder Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Gemeinsamer Kampf für **volle Rechte für alle, die hier leben** und für ausreichend Ressourcen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.
- Entschlossener **Widerstand gegen rechte Politik**, egal ob im Parlament durch FPÖ/ÖVP oder auf der Straße durch faschistische Gruppen. Die Gewerkschaft hat eine besondere Verantwortung, gegen die rechte Gefahr und die Spaltung der Beschäftigten aktiv zu werden.
- Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Deals: Bauen wir in den **Gewerkschaften** von unten Druck auf, um sie zu **echten Kampforganisationen** zu machen. Dazu gehört Streik als Kampfmaßnahme und echte demokratische Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse.

- Kein Vertrauen in SPÖ oder Grüne: sie sind Verantwortlich für Sozialabbau und Diskriminierung. Ihre Politik bremst die FPÖ nicht, sondern macht sie stark.
- Für den **Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter\*innen und Jugendliche mit sozialistischem Programm**. Politische Vertreter\*innen dürfen nicht mehr verdienen als ein Durchschnittsgehalt und müssen auch abgewählt werden können.
- Das kapitalistische System funktioniert nicht, es schafft nur Krisen, Umweltzerstörung und Krieg. Die Antwort auf die wachsende Kriegsgefahr ist weder Aufrüstung noch Neutralität, denn Krieg ist eine notwendige Folge von Kapitalismus.
- Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte und grundlegende Verbesserungen mit einem Bruch mit dem Kapitalismus zu verbinden. **Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig.**
- Für eine **demokratische sozialistische Gesellschaft**. Sozialismus hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Sowjetunion oder Ostblock zu tun, aber auch nichts mit der Politik der SPÖ. Sozialismus bedeutet, dass die Betriebe in Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft demokratisch durch die Arbeiter\*innen, die den Reichtum schaffen, geplant und verwaltet wird. Dann stehen nicht mehr Profite, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Zentrum. Armut, Kriege und die Zerstörung des Planeten sind dann Geschichte. Den Kampf der Arbeiter\*innenklasse für eine solche Gesellschaft in Österreich und international zu unterstützen ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Hier geht es zu unserem ausführlichen Programm:



## Komm zu unseren Treffen:

Dir gefällt unser Programm? Du willst dich nicht mehr ärgern, sondern endlich selbst etwas tun? Dann komm zu unseren Treffen am Dienstag. Du kannst **persönlich** kommen - Details hier: [www.sozialistischeoffensive.net/Termine](http://www.sozialistischeoffensive.net/Termine) **zusätzliche Veranstaltungen findest du auf unserer Homepage und unseren Social Media Kanälen.** oder du kannst **online** teilnehmen - dann schreib uns, damit wir dir den Link zusenden können.



## CWI - unsere Internationale

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter\*innen-internationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“) und steht in den besten Traditionen der SLP. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter\*innen ein und organisiert Widerstand und Solidarität über Grenzen hinweg. Unser Ziel ist weltweit der Sturz des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau eines Zusammenschlusses von sozialistischen Demokratien.

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

## Unterstütze unsere Arbeit

Wir sind politisch und finanziell unabhängig. Uns kann niemand mit Inseraten oder Subventionen das Maul stopfen: wir schreiben, was nötig ist. Aber unsere Arbeit kostet Geld. Wenn du den Kampf gegen Kapitalismus und rechte Politik auch finanziell unterstützen willst, dann spende uns. Einmal oder auch monatlich. Ein Dauerauftrag von 5,-, 10.- oder 20.- pro Monat finanziert z.B. wichtige Flugblätter und du bekommst regelmäßig unsere Publikationen.

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700

## Kontakt

Instagram: @sozialistischeoffensive

Facebook: Sozialistische Offensive

Mail: [redaktion@sozialistische-offensive.net](mailto:redaktion@sozialistische-offensive.net)

Website: [sozialistischeoffensive.net](http://sozialistischeoffensive.net)



2€ / 4€ Solidari-  
tätspreis

www.sozialistischeoffensive.net

SO  
Sozialistische  
Offensive



# OFFENSIV

Nr. 27, Mai/Juni 2026

SOZIALISTISCHE ZEITUNG für Arbeiter\*innen und Jugendliche

## Warum ist die Welt kaputt? Marxistische Antworten!

Komm zum  
Sozialismustag!

Am 30. Mai

WUK - Wien 9, Währingerstrasse



Komm Vorbei!

Wir treffen uns regelmässig -  
auch online-Teilnahme möglich.

**DISKUTIEREN, ORGANISIEREN, KÄMPFEN!**